

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Delfen (Marf).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2664a) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

Stuttgart
Mittwoch, den 19. Oktober
1892.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Klara Jettin (Eißner), Stuttgart, Rothbühlstraße 147, IV. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwänglerstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Augen auf und Taschen zu, ihr Frauen.

Seit langen Monaten hat es sich der größte Theil der bürgerlichen Presse angelegen sein lassen, durch Auf- und Abwiegen in Betreff einer neuen Militärvorlage dem deutschen Michel das Bewußtsein zu schärfen, daß es seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit sei, sich zu Ehren des Molochs Militarismus aufs Neue bis zu völliger Blutleere schröpfen zu lassen. Gegenwärtig weiß man nun, welche Vermehrung des Heeres die Regierung plant, man kennt annähernd die Größe der Opfer, welche in der Folge dem so wenig steuerkräftigen, aber dafür um so steuergebudrigeren deutschen Volke auferlegt werden sollen. Die Zahl der jährlich unter den Waffen stehenden Mannschaften soll um 95 000 erhöht werden, die Deutschland dadurch erwachsenden Lasten werden auf 65 Millionen Mark jährlicher dauernder Ausgaben und auf eine außerordentliche Mehrausgabe von 80 Millionen Mark veranschlagt.

Die stockkonservative „Kreuzzeitung“ meint nun zwar, daß die Mehrbelastung nicht denen auferlegt werden dürfe, die ohnedies schon schwer um die Behauptung einer bescheidenen Lebenshaltung zu kämpfen haben, sondern ausschließlich den Wohlhabenden und solchen Produktionszweigen, deren Reingewinn das Durchschnittsmaß offenkundig um ein Erhebliches übersteigt. Aber diese ihre Meinung ist natürlich eitel Gestunker. Zum Zweck der Vergleichung der „nöthig werdenden“ Ausgaben ist eine „Reform“ der Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer in Aussicht genommen. Die herrschenden Gewalten suchen also mit bemerkenswerther sozialpolitischer Farbenblindheit die „Wohlhabenden“ auf Seiten der ausgepowerten Volksmasse, und die Lohnarbeiter erscheinen ihnen beharrlich als die Betriebsunternehmer, deren „Reingewinn das Durchschnittsmaß offenkundig um ein Erhebliches übersteigt.“ Denn wenn „der Tabak bluten muß,“ wenn die Bier- und Branntweinsteuer „reformirt“ wird, so sind es gerade — wie stets bei einer indirekten Besteuerung — die breiten Schichten des werktätigen Volkes, denen der „Löwenantheil“ bei Aufbringung der neuen Steuerlasten zuertheilt wird. Wie recht und billig werden die schon ohnedies „schwer um die Behauptung einer bescheidenen Lebenshaltung kämpfenden“ Schlotbarone, Krautjunker, Börsenjobber und der Rest der nothleidenden oberen Zehntausend möglichst geschont.

Nun soll zwar nach der Regierungsvorlage für die deutsche Infanterie die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden. Allein wenn jemals, so gilt von dieser „Reform“ das alte Wort, daß „man die Danaer zu fürchten hat, wenn sie Geschenke bringend nahen.“ Abgesehen von den vielfachen Einschränkungen und Verklaukulirungen im Betreff der zweijährigen Dienstzeit, sowie von dem Umstande, daß sie jederzeit ohne Reichstagsbeschluß rückgängig gemacht werden kann, beweisen am deutlichsten die angeführten Ziffern über das Wachsen der Reichsausgaben zu Militärzwecken, daß die „Reform“ keine Entlastung der deutschen Steuerzahler bedeutet. Sie ist nichts weiter, als die Wurst, mit der man nach der Speckseite wirft, der Syrup, welcher das bittere Tränklein ver süßen soll.

Allerdings, die Regierungsvorlage kann nur verwirklicht werden, wenn die Majorität des Reichstags ihre Zustimmung zu der-

selben giebt. Wo aber wäre die Reichstagsmajorität, welche ein kräftiges „Nun und Nimmermehr“ Plänen und Forderungen entgegensetzt, welche auf eine Stärkung der Klassenherrschaft abzielen? Gewiß, die Wortführer verschiedener politischer Parteien geberden sich gegenwärtig als ganz gewaltige Gegner der neuen Militärvorlage. Aber die deutschen Proletarier beurtheilen die Herren nicht nach ihren Worten, denn sie haben dieselben an der Arbeit gesehen. Sie wissen, daß all die maulstarken Selbden der bürgerlichen Märgelparteien die liebliche Gewohnheit haben, mit „Männerstolz vor Königsthronen“ von oben kommende Zumuthungen an das deutsche Volk „allerunterthänigst“ mit dem Theil zu pariren, aus dem die Beine zu wachsen pflegen; sie wissen, daß die steif-leinene Entrüstung dieser steifleinernen politischen Goliathe regelmäßig zwischen der ersten und dritten Lesung einer Regierungsvorlage in ihrer inneren Hohlheit jämmerlich zusammenbricht, daß sie zu jedem politischen Schacher zu haben sind, vorausgesetzt, daß er etwas einbringt. Nur die einzigen Sozialdemokraten werden wie bei früheren Attentaten gegen Gut und Blut des arbeitenden Deutschlands erklären: „Keinen Mann und keinen Groschen.“

Und dieser ihr Wahlspruch der Forderung gegenüber er müßte ein vieltausendstimmiges Echo finden in der proletarischen Frauenwelt; er müßte zur Devise werden, unter welcher gewaltige Massen ausgebeuteter, ausgehungertes Proletarierinnen, welche durch die Militärvorlage mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage bedroht werden, auch ihrerseits abwehrende Stellung zu der Frage nahmen.

Der gang und gäbe Zopf will zwar, daß das politische Leben und Treiben für die Frauen — ganz besonders aber für die Frauen des Proletariats — ein dreimal heiliges Nührmichnichtan sein und bleiben solle. Allein wenn irgend welches politische Ereigniß geeignet ist, die Haltlosigkeit dieser Ansicht bloßzulegen, zu zeigen, wie dringend die eigensten Lebensinteressen der Proletarierinnen fordern, daß diese sich um die politischen Verhältnisse kümmern, sie verstehen lernen und Einfluß auf ihre Gestaltung zu gewinnen suchen, so ist es gerade die Frage von der Vermehrung des Heeres und der Vermehrung der Steuerlasten.

Der Frau des Arbeiters, ja vielfach auch der Frau des Handwerkers, des Unterbeamten, ihr fehlt der Groschen, welcher durch eine Mehrbelastung mit Steuern dem Hausfalt verloren geht. Nach angestellten vorläufigen Abschätzungen soll auf den Kopf der Bevölkerung — wird die neue Militärvorlage angenommen — ein Mehr an Steuern von 2—3 Mark entfallen. Eine sechsköpfige Familie würde also mit 12—18 Mark indirekter Abgaben mehr gegen früher belastet. 12—18 Mark, was will diese Summe bedeuten für das Haushaltbudget eines champagnerdurstigen Großgrundbesitzers, dem nur die Frage Kopfszerbrechen macht, „wie er es anzufangen habe, damit er jährlich 30 000 Mark ausgeben könne, wenn er nur 20 000 Mark einnimmt.“ 12—18 Mark, welche ansehnliche Summe für das Budget einer Arbeiterfamilie, deren Jahreseinkommen sich vielleicht auf 700—1000 Mark beziffert! Hier, wo die Hausmutter das Wunder fertig bringen muß, mit winzigem Wochengeld viele hungrige Mägen zu füllen, wo sie mit aller Kunst, aus alten Kleidern von Vater und Mutter neue Gewandung für die Kleinen herzustellen, diese doch nur in

nothdürftigster, der Gesundheit nicht Rechnung tragender Weise zu kleiden vermag, da macht sich eine Mehrbelastung in der angegebenen Höhe empfindlich bemerkbar, da ist eine solche der nackte Raub.

Die Tendenz unserer Wirthschaftsverhältnisse, täglich mehr „Hände“ überschüssig zu machen, die industrielle Reservearmee stetig zu vergrößern, so daß dem Kapitalisten stets Schaaren Arbeitsloser zur Verfügung stehen, diese Tendenz schließt die Möglichkeit aus, daß den vertheuerten Lebensbedürfnissen der Arbeiter auch ein Steigen ihrer Löhne entsprechen werde. Um so weniger ist auf eine Aufbesserung des Arbeitsverdienstes zu hoffen, als unsere augenblickliche Wirthschaftslage eine sehr ungünstige ist, als die Geschäfte stoden, und wir mit unheimlicher Schnelle einer großen Krise entgegenzueilen, ja schon mitten drin in ihr stecken. Der bereits im vorigen Winter fühlbare Nothstand wird sich dies Jahr, u. A. durch das Auftreten der Choleraepidemie, in verschärfter Weise geltend machen. Die Vertheuerung unentbehrlicher Lebensbedürfnisse des Proletariats wird als unausbleibliche Folge zeitigen eine Einschränkung der Ausgaben für andere, kaum minder unentbehrliche Zwecke.

Nun stödet zwar die satte Tugend eifertig und salbungsvoll, daß durch eine schärfere Besteuerung von Bier, Tabak und Branntwein nicht unentbehrliche Gebrauchsartikel vertheuert würden, vielmehr Genußmittel, auf welche der Arbeiter schließlich verzichten, bezw. deren Konsum er einschränken könne. Aber das Bier bildet bekanntermaßen ein wichtiges Volksnahrungsmittel, und angesichts der schonungslosen Ausbeutung proletarischer Arbeitskraft und der schlechten Ernährungsverhältnisse der Lohnsklaven sind der Genuß einer „Stinkadorns“ und von Fusel, den hochadelige Schnapsbrenner gebraunt, Reizmittel, zu denen der Arbeiter seine Zuflucht nehmen muß, um seine Kräfte für den Augenblick künstlich emporzuschrauben. Eine Vertheuerung von Tabak, Bier und Branntwein wird weniger einen beschränkten Konsum dieser Artikel veranlassen, als vielmehr verminderte Ausgaben für anderweitige Bedürfnisse. Das festere Anziehen der Steuerkränze bewirkt also eine geringere Kaufkraft des Proletariats, und der Rückschlag dieses Umstandes auf das gewerbliche und geschäftliche Leben bleibt nicht aus. Die Produktion von dem und jenem Gebrauchsartikel für den inneren Markt wird eingeschränkt, und Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen fliegen aufs Pflaster.

So vermehrt und erschwert die Mehrbelastung des Volks mit Steuern die Sorgen der proletarischen Hausfrau, welche den Pfennig zweimal umbreht, ehe sie ihn auszugeben wagt, welche ihn am liebsten viertheilen möchte, um allen Bedürfnissen der Familie gerecht werden zu können. So schädigt aber die stärkere Steuerlast auch die Interessen der selbsterwerbenden Berufsarbeiterinnen, denen in Folge der geschaffenen Zustände das lärgliche Stück Brot noch kleiner gemacht oder auch ganz entzogen wird. Kurz, alle Schichten der proletarischen Frauen haben Grund, rücksichtlich ihrer eigensten, nächstliegenden Interessen in die Erklärung der Sozialdemokratie einzustimmen: „für Militärzwecke keinen Groschen!“

Aber auch keinen Mann! 95 000 Soldaten jährlich mehr unter den Waffen, diese Forderung kann nur verwirklicht werden, wenn man alle Ersatzreservisten zur zweijährigen Dienstzeit heranzieht. Leute werden also dem Heere eingereiht, welche bisher in Folge mangelhafter körperlicher Entwicklung oder auch ungünstiger häuslicher Verhältnisse in Friedenszeiten gar nicht zu dienen brauchten oder nur zu 20-wöchentlicher Dienstzeit einberufen wurden. 95 000 junge Männer mehr werden also künstlich in ihrem Erwerbsleben entzogen, und dies gerade zu einer Zeit, wo ihre Thätigkeit zum großen Theil erst anfängt, „einkömmlich zu werden,“ — so weit man bei den Verhältnissen der Lohnsklaven von „einkömmlich“ sprechen darf —. Und bei wie Vielen von ihnen liegt nicht die Gefahr nahe, daß ihre Kraft und Gesundheit durchaus nicht den Anstrengungen Stand zu halten vermag, welche der militärische Drill mit sich bringt.

Zehntausende und weitere Zehntausende von Müttern, welche froh waren, daß der unter unsäglichen Sorgen groß gezogene Sohn endlich sein eigenes Brot erwarb, die müssen sich nun daren fügen, daß ihr Kind seinem Beruf auf Jahre hinaus entzogen und entfremdet wird, daß es an Fähigkeit und Fertigkeit im Punkte des

beruflichen Schaffens Einbuße erleidet. Wer zählt die Familien, welche zur Behauptung ihrer bescheidenen Lebenshaltung angewiesen waren auf den Zuschuß aus dem Verdienste des Sohnes? Wer kennt all die Mütter, die alt und schwach in dem herangewachsenen Jüngling ihre hauptsächlichste Stütze gefunden hatten? Für sie alle bedeutet die Vermehrung des Heeres um den einen Mann einen furchtbaren, vielleicht nicht gut zu machenden Schlag. Und weiter. Wie manches Mutterherz wird in Zukunft unruhig bei dem Gedanken klopfen, daß der Sohn, der vielleicht nicht zu den robusten Naturen gehört, mit dem Keim irgend eines heimtückischen Leidens vom Militärdienst zurückkehrt, dem seine Kräfte nicht gewachsen waren. Uebrigens nicht nur in körperlicher Beziehung bedarf der kaiserlich deutsche „Drilling“ einer robusten Natur, auch seelisch, auch moralisch muß er gegen allerhand Drangsalirungen abgehärtet sein, und das Schicksal des unglücklichen Musketier Schwengber wird mancher Soldatenmutter als Schreckgespenst vor-schweben.

Die Zahl der Mütter, Schwestern, Gattinnen und Bräute, welche angstvoll nach jedem „schwarzen Punkt“ am politischen Horizont auspähen, welche das Wort „Krieg in Sicht“ bis ins innerste Mark erbeben macht, die soll mit einem Schlage um viele Tausende vermehrt werden. „Du sollst nicht tödten,“ lautet zwar das Gebot, allein Jedermann weiß, daß fortschreitende Vermehrung der Heeresmacht, stetes Rüsten, das Hasten und Jagen nach verbesserten Mordwerkzeugen den Krieg zur unabwendbaren Nothwendigkeit macht, und daß dann der Mord im Großen zur Pflicht, ja zur Tugend erhoben wird. Wer bürgt den Schaaren verzweifelnder Frauen, daß der theure Angehörige, daß der Versorger unverfehrt aus blutigen Schlachten heimkehrt? Tausende fallen, und andere Tausende sehen die Heimath als Krüppel wieder, denen das „dankbare Vaterland“ den Leiertasten und den Bettelsack umhängt. „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren,“ lautet ein andres Gebot. Der Gehorsam gegen den obersten Kriegsherrn stößt dieses Gebot um, er fordert, daß der Soldat das Mordgewehr auch auf Vater, Mutter, Geschwister, die nächsten Angehörigen, die theuersten Freunde anlege, sobald diese nach der unmaßgeblichen Meinung der Herrschenden zu dem „inneren Feind“ gehören. Der Reichskanzler Caprivi will den militärischen Geist gepflegt wissen, damit die Truppen im Straßenkampf gegen die Sozialdemokratie Verwendung finden können. Aber immer mehr wird das Wort Arbeiter und Arbeiterin gleichbedeutend mit Sozialdemokrat, immer mehr wächst die Zahl der Soldaten, welche ihre nächsten Verwandten unter der Sozialdemokratie zu suchen haben, immer größer wird mithin die Zahl der Frauen, welche bei dem Gedanken erzittern, daß einer der Ihren als Bruder gegen den Bruder, als Sohn gegen den Vater und die Mutter den Säbel hauen und die Flinte schießen lassen müsse.

Angesichts solcher Erwägungen, die noch ins Unendliche vermehrt und weitergesponnen werden können, ist es geradezu ein Verbrechen gegen ihre Interessen und ihre heiligsten Gefühle, wenn die proletarischen Frauen nicht in den Ruf einstimmen: „Für den Militarismus keinen Mann!“

Wenn Jemand das Recht hat, dem unerfülllichen Moloch Militarismus zuzurufen: „bis hierher und nicht weiter,“ so sind es die Frauen des Proletariats, so sind es jene Frauen, welche Mutter werden unter Mühsalen, von denen die Dame der Bourgeoisie und Aristokratie keine Ahnung hat; so sind es jene Frauen, die Schulter an Schulter mit dem Gatten, dem Sohn, dem Bruder den harten Kampf um eine jammerhafte Existenz ringen. Sie vor Allen haben das Recht zu der Erklärung: „Keinen Mann und keinen Groschen.“ Und nicht bloß das Recht, auch die Pflicht, ihren Wahrspruch zur Geltung zu verhelfen.

Wohl ist es den Proletarierinnen auf Grund der politischen Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts nicht möglich, ihren festen Willen unmittelbar in den gesetzgebenden Körpern zur Verwirklichung zu verhelfen. Allein Niemand kann ihnen wehren, dem Militarismus gegenüber die Augen offen und die Taschen zu zu halten, indem sie sich über das Wesen unserer politischen Verhältnisse aufklären und belehren und sich ihrer Erkenntnisse gemäß in Masse um das Banner der Sozialdemokratie schaaren, dieselbe

materiell und moralisch unterstützen, so daß sie der Bourgeoisie die politische Macht zu entreißen vermag. Mögen die proletarischen Frauen mit Verstand und Energie dafür wirken, daß in die gesetzgebenden Körper an Stelle von Kapitalisten und trinkgelberfüchtigen Kapitalistengenossen Klassenbewußte Arbeiter, Sozialdemokraten entsendet werden. Die herrschende Klasse wird dann nicht länger den Beutel des armen Mannes behufs Förderung des Militarismus brandschlagen können, der nur darauf abzielt, die bestehende Klassenherrschaft, die Ausbeutung und Verklavung der Habenichtse zu Gunsten der Besitzenden zu stützen und zu verewigen.

Anträge zum sozialdemokratischen Parteitag.

Der Verein sozialistischer Frauen und Mädchen Mannheims hat in seiner Mitgliederversammlung vom 22. September beschlossen, folgende Anträge zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie einzubringen:

I. In Erwägung, daß es im Klasseninteresse des Proletariats unabwiesbare Nothwendigkeit ist, die proletarische Frauenvwelt politisch und wirtschaftlich aufzuklären, zu schulen, zu organisieren und als gleichwerthige Mitstreiterinnen ihrer Brüder der Arbeit und des Glends in den Klassenkampf einzubeziehen;

in Erwägung, daß die politischen Rechte zwar nicht die soziale Befreiung der Arbeiterklasse bedeuten, aber unentbehrliche Waffen sind, um diese Befreiung zu erkämpfen, und daß die politische Rechtslosigkeit des weiblichen Geschlechts von den herrschenden Gewalten als Vorwand ausgenützt wird, den Frauen des Proletariats die Theilnehmung am Kampfe ihrer Klasse zu erschweren, bezw. unmöglich zu machen, insbesondere aber, um ihnen das Vereins- und Koalitionsrecht zu verkümmern und ihre gemeinsame Organisation — in politischen und gewerkschaftlichen Vereinen — mit den männlichen Klassengenossen zu hintertreiben;

in Erwägung, daß die Zeiten der Wahltagation, in denen das politische Leben stärker pulst und erhöhtes Interesse auch bei der sonst indifferenten Masse erweckt, besonders geeignet sind, auch die noch den politischen Fragen gegenüber in Gleichgültigkeit und Stumpfheit verharrenden breiten Schichten der proletarischen Frauenvwelt wachzurütteln, zum Nachdenken über ihre eigene Lage und Interessen und über die Lage und Interessen ihrer Klasse zu veranlassen, kurz unter indifferenten oder reaktionären Frauen Klassenbewußte Proletarierinnen zu werben;

beantragt der Verein sozialistischer Frauen und Mädchen Mannheims, der Parteitag wolle beschließen:

- 1) daß seitens der sozialdemokratischen Partei eine rege Agitation entfaltet werde zum Zweck der Einbeziehung der Proletarierinnen in die gewerkschaftlichen und — wo dies möglich — politischen Organisationen der Arbeiter und ihrer bewußten, zielklaren Theilnehmung an dem Befreiungskampf ihrer Klasse;
- 2) daß die sozialdemokratische Partei kräftig dafür agitire, und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dafür eintrete, daß den Arbeiterinnen der freie, unbeschränkte Gebrauch des Vereins- und Koalitionsrechts gewährleistet werde;
- 3) daß von der sozialdemokratischen Partei in den Zeiten der Wahltagation Versammlungen veranstaltet werden mit dem Doppelpurpose, gegen die politische Rechtslosigkeit des weiblichen Geschlechts zu protestieren und Aufklärung über politische Fragen in die Reihen der Proletarierinnen zu tragen.

II. In Erwägung, daß die bis jetzt keiner gesetzlichen Beschränkung und Kontrolle unterliegende Hausindustrie die schlimmste Form der kapitalistischen Ausbeutung proletarischer Arbeitskraft ist;

in Erwägung, daß die Hausindustrie durch niedrigste Löhne, ausgehehnte Arbeitszeit und schonungsloseste Ausbeutung zumal der weiblichen und kindlichen Arbeitskräfte die Verelendung und Entartung ganzer Schichten der Arbeiterbevölkerung verschuldet und durch die Konkurrenz, welche sie den nichthausindustriellen Betrieben macht, die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse der nicht in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verschlechtert;

in Erwägung, daß sich die Arbeiterinnen in ihrer Eigenschaft als Frauen oft behindert fühlen, einem männlichen Gewerbeinspektor vertrauensvoll rückhaltlosen Einblick in ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse zu geben, ihm alle Mißstände mitzutheilen, unter denen sie bei der Arbeit als Proletarierinnen und Frauen zu leiden haben,

beantragt der Verein sozialistischer Frauen und Mädchen Mannheims, der Parteitag wolle beschließen:

- 1) die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Parlament die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie zu fordern;

2) die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, die Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren in all den Gewerben zu fordern, in denen ausschließlich oder zum größten Theil Frauen beschäftigt werden.

Unseres Erachtens sprechen die Anträge der Mannheimer Genossinnen in ihrer Begründung für sich selbst und bedürfen keiner weiteren Erläuterung über ihren Zweck und Nutzen. Wir schließen uns ihnen voll und ganz an und empfehlen dringend allen Organisationen und Gruppen proletarischer Frauen, in ihren Zusammenkünften und Versammlungen die Anträge unverzüglich zur Diskussion zu stellen und sich eventuell bei ihrer Einbringung zu betheiligen. Im Interesse der vertretenen Sache und des angestrebten Zieles ist es wünschenswerth, daß den von den Mannheimer Genossinnen formulirten Forderungen die kräftige Unterstützung aller aufgeklärten, organisirten proletarischen Frauen zu Theil wird. Die vorliegenden Anträge gewinnen jedenfalls an Bedeutung, wenn sie nicht bloß im Namen einer einzigen Organisation eingebracht werden, vielmehr im Namen aller oder wenigstens der Mehrzahl der in Deutschland bestehenden Organisationen von Arbeiterinnen, bezw. wenn sich dort, wo keine Vereine existiren, öffentliche Versammlungen zu Gunsten der erbotenen Forderungen erklären.

Bemerkt sei noch — besonders für kleine, materiell schwache Organisationen — daß die Theilnehmung zu dem Einbringen der Anträge nicht unbedingt die Entsendung von besonderen Delegirten nothwendig macht.

Wohl ist zu wünschen, daß auf dem Parteitag auch eine größere Anzahl von Frauen als Delegirte anwesend wären und an den Arbeiten des Kongresses thätigen Antheil nähmen. Einmal würde dadurch gezeigt, daß sich die proletarische Frauenvwelt ihren Aufgaben und Pflichten bewußt wird, und daß sie, mit den männlichen Klassengenossen zusammen, mit Ernst an deren Erfüllung arbeitet. Andererseits würde gar manche der delegirten Frauen Belehrung, Anregung, neuen Muth zum rüstigen Vorwärtswandeln auf den alten Bahnen vom Parteitag mit nach Hause nehmen.

Allein es ist nicht zu verkennen, daß die Entsendung besonderer Delegirter rücksichtlich der erwachsenden Kosten für kleinere und jüngere Organisationen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Nun können sich zwar mehrere derselben zusammenschließen und sich über die Entsendung eines gemeinsamen Delegirten einigen. Jedoch wo dies aus den und jenen Gründen als nicht zweckmäßig erscheint, können Organisationen und Versammlungen von Frauen sehr wohl den von Genossen eines Orts oder Bezirks gewählten Delegirten ein Mandat erteilen und sie beauftragen, für die obenstehenden Anträge kräftig einzutreten. Wir glauben, daß jeder Klassenbewußte Genosse mit bester Ueberzeugung und aller Energie Forderungen unterstützen kann und unterstützen muß, welche, wie die angeführten, lediglich darauf abzielen, dem Heere der für die Befreiung ihrer Klasse ringenden Proletarier neue, tapfere und wehrthätige Streitkräfte zuzuführen.

Da die zum Parteitag einlaufenden Anträge mindestens zehn Tage vor Zusammentritt desselben veröffentlicht werden müssen, und da noch nicht entschieden ist, bis zu welchem Termin der Kongreß vertagt wird, so ist es nöthig, daß Organisationen und Versammlungen der Proletarierinnen möglichst bald Stellung zu den Anträgen der Mannheimer Genossinnen nehmen. Darauf bezügliche Beschlüßfassungen bitten wir, zum Zweck eines gemeinsamen Vorgehens in der Sache, recht umgehend der Redaktion der „Gleichheit“ mittheilen zu wollen.

Arbeiterinnen-Bewegung.

— Am 18. September fand in Dresden eine öffentliche Versammlung der Tabak-Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Herr Keller Bericht erstattete über den „Internationalen Kongreß der Tabakarbeiter zu Amsterdam.“ Der Referent gab einen Ueberblick über die Lohnverhältnisse und Organisationsbestrebungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakbranche in den verschiedenen Ländern und erörterte darauf die vom Kongreß angenommenen Beschlüsse über die Verschmelzung mehrerer neben einander bestehender Vereine der Branche zu einer einzigen Organisation und gegen die Injuzerung von Streiks, bezw. die Unterstützung nur solcher Ausstände, welche den Arbeitern aufgezwungen werden. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten und den Beschlüssen des Kongresses einverstanden.

— In Leipzig hielten am 19. September die Handlungs-Gehilfen und Gehilfinnen und die im Handelsgewerbe thätigen Hilfsarbeiter eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die am 11. September in Berlin stattgehabte Konferenz aller im Handelsgewerbe Angestellten; 2. Wahl eines Vertrauensmannes für

Leipzig; und 3. Debatte. Die Versammlung erklärte sich mit dem Beschlusse der Berliner Konferenz — Gründung lokaler Organisationen der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen auf Grund des Vertrauensmännerystems — einverstanden und wählte Herrn Lipinsky als Vertrauensmann. Die Debatte führte zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen Handlungsgehilfen und Mitgliedern des deutschfreisinnigen Verbands deutscher Handlungsgehilfen, welche letztere mit ihren Ausführungen die Kürzeren zogen.

— In **Weissenec** fand am 21. September eine von dem Allgemeinen Arbeiterinnenverein einberufene öffentliche Versammlung statt, in welchem Frä. Baader einen sehr eingehenden und wohl-durchdachten Vortrag hielt über: „Das Wesen der Hausindustrie und ihre Folgen für die Arbeiterinnen-Bewegung.“ Die Rednerin zeigte, daß die Hausindustrie die schlimmste Form der Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft sei und forderte die Unterstellung derselben unter das Arbeiterschutzesgesetz, sowie die Anstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Gewerbeinspektoren. Am Schluß ihrer trefflichen Ausführungen legte Frä. Baader den Frauen ans Herz, sich zu organisieren und auch möglichst die Indifferenten zu der Organisation heranzuziehen. In der folgenden Diskussion sprachen mehrere Genossen im Sinne der Referentin.

— Am 25. September hörte in **Berlin** eine öffentliche Versammlung der Drechsler, zu welcher auch die Frauen eingeladen waren, einen Vortrag von Frä. Baader über „Die Gleichberechtigung beider Geschlechter.“ Die Rednerin erntete für ihre Ausführungen reichen Beifall, und die Anwesenden beschloßen, jeden Monat eine Versammlung mit Zuziehung der Frauen abzuhalten.

— Die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen **Berlins** hielten am 26. September eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Dr. Christeller in interessanter Weise über „Die Cholera“ referierte.

— In **Nürnberg** fand am 26. September eine öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen statt, in welcher Herr Spörl über den „Kongreß deutscher Schneider und Schneiderinnen zu Magdeburg“ Bericht erstattete. Die Anwesenden erklärten sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden und wählten ihnen entsprechend eine fünfgliedrige Agitationskommission, in welcher die Schneiderinnen durch Frau Vertel vertreten sind.

— In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen zu **Berlin** sprach Herr Köster unter großem

Beifall über „Die Astronomie, ihre Entwicklung und ihre Errungenschaften.“

— Die Sozialdemokraten des ersten **Berliner** Wahlkreises hatten für den 1. Oktober zur Erinnerung an den Fall des Sozialistengesetzes eine Feier arrangiert, bei welcher Reichstags-Abgeordneter Bebel vor circa 5000 Männern und Frauen die Festrede hielt. Der Redner gab einen geschichtlichen Ueberblick über die Verhältnisse, welche den Erlaß des Schandgesetzes möglich machten, schilderte die Maßregeln und Maßregelungen, welche die Partei vernichten sollten, und zeigte, wie diese siegreich, innerlich erstarbt und äußerlich gewachsen, aus dem Kampfe hervorging. Auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes sei die Sozialdemokratie geblieben, was sie ihrem inneren Wesen nach ist und sein muß: eine revolutionäre Partei, welcher der schwerste Kampf noch bevorstehe, welcher aber trotz aller Mächtschaften der Feinde der Sieg zufalle. Begeisterter Beifall folgte den Ausführungen des Redners.

— In **Berlin** fand am 2. Oktober eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt, in welcher Frä. Baader unter vielem Beifall über „Die Stellung der Frau zum Sozialismus“ sprach. An den Vortrag schloß sich eine lebhaft, interessante Diskussion.

— Der Reichstags-Abgeordnete Stadthagen referierte am 5. Oktober in einer von Männern und Frauen gut besuchten öffentlichen Versammlung zu **Charlottenburg** über das Thema: „Lebt das Sozialistengesetz noch?“ und beantwortete diese Frage an der Hand vieler Beispiele im bejahenden Sinne. Im Anschluß an die sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten erklärte die Versammlung, daß sie einen Unterschied zwischen dem „alten“ und „neuen“ Kurs nicht entdecken könne, vielmehr die herrschenden Klassen mit denselben Mitteln weiterarbeiten sieht, die im Sozialistengesetz verkörpert waren, und da sie überzeugt sei, daß den herrschenden Mißständen nur durch den Sozialismus abgeholfen werden könne, so verpflichtete sie sich mit allen Mitteln, und zwar auf dem Boden des Erfurter Programms fußend, für Erreichung dieses Zieles zu kämpfen.

— In der am 17. September abgehaltenen Mitgliederversammlung des Fachvereins der im Buchbindergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von **Leipzig** referierte Hr. Steiger unter reichem Beifall über: „Naturwissenschaft und Religion.“

— Der Allgemeine Arbeiterinnenverein von **Frankfurt a. M.** hielt am 19. September eine Mitgliederversammlung ab, welche den Beschluß faßte, daß künftighin in den regelmäßigen Mitgliederver-

Am Nordpol.

Nach dem Englischen von P. Allverio.

(Fortsetzung.)

„Kein Richard Wardour im Boot, kein Richard Wardour am Ufer,“ sagte Frau Crayford. „Laß Dir das eine Lehre sein, meine Liebe. Sei niemals wieder so thöricht, an Borahnungen zu glauben.“

Klaras Augen wanderten immer noch argwöhnisch zwischen der Menge hin und her.

„Bist Du noch immer nicht zufrieden?“ fragte Frau Crayford.

„Nein, ich bin noch nicht zufrieden,“ antwortete Klara.

„Was, Du schaust noch nach ihm aus? Das ist wirklich zu absurd. Hier kommt mein Mann. Ich werde ihn bitten, einen Wagen zu rufen und Dich nach Hause zu schicken.“

Klara zog sich einige Schritte zurück. „Ich will nicht stören, Lucie, während Du von Deinem Manne Abschied nimmst. Ich werde warten.“

„Hier warten! Wozu?“

„Auf etwas, das ich noch sehen, oder etwas, das ich noch hören werde.“

„Richard Wardour?“

„Ja, Richard Wardour!“

Ohne ein weiteres Wort wandte sich Frau Crayford ihrem Gatten zu. Klaras Thorheit stand außer dem Bereiche aller Gegenrede.

Die Boote des „Wanderer“ legten an derselben Landungsstelle an, welche die Boote der „Seemöve“ soeben geräumt hatten. Freudenrufe aus dem Volke verkündeten das Erscheinen des Kommandeurs der Expedition.

Kapitän Helbing blickte rechts und links nach seinem ersten Lieutenant aus. Als er ihn bei seiner Frau fand, entschuldigte er sich aufs Höflichste, daß er stören müsse.

„Ueberlassen Sie ihn einen Augenblick nur seinen Berufspflichten, Frau Crayford, und Sie sollen ihn auf eine halbe Stunde wieder zurück haben. Die Nordpolexpedition, verehrte

Frau, nicht der Kapitän ist zu tabeln, daß er Mann und Frau trennen muß. An Crayford's Stelle würde ich es den Junggefelln überlassen, die Nordwest-Durchfahrt aufzufinden, und würde ruhig bei Ihnen zu Hause geblieben sein.“

Mit diesen Worten nahm er den Lieutenant einige Schritte beiseite; zufälligerweise in die Nähe der Stelle, auf welcher Klara stand. Der Kapitän sowohl als auch Crayford waren von ihren geschäftlichen Angelegenheiten zu sehr in Anspruch genommen, als daß sie Klara bemerkt hätten. Weder der eine noch der andere hatte die leiseste Ahnung, daß sie jedes ihrer Worte hörte.

„Sie erhielten mein Billet heute Morgen?“ begann der Kapitän.

„Gewiß, Kapitän Helbing, sonst würde ich jetzt schon an Bord gewesen sein.“

„Ich werde sogleich selbst an Bord gehen,“ fuhr der Kapitän fort. „Ich muß Sie aber bitten, Ihr Boot noch eine halbe Stunde warten zu lassen. Sie können desto länger mit Ihrer Frau zusammenbleiben; darauf war ich bedacht, Crayford.“

„Ich danke Ihnen herzlich, Kapitän. Ich vermuthete aber, es ist noch ein anderer Grund, welcher die gewöhnliche Ordnung umstößt und den Lieutenant am Ufer zurückhält, nachdem der Kapitän schon an Bord ist?“

„Ganz recht, es hat einen anderen Grund. Ich ersuche Sie, einen Volontär zu erwarten, der sich uns soeben angeschlossen hat.“

„Ein Volontär?“

„Ja. Er will noch einiges ordnen und in einer halben Stunde hier sein.“

„Das ist ein ziemlich plötzliches Uebereinkommen, nicht wahr?“

„Ohne Zweifel. Sehr plötzlich.“

„Und — verzeihen Sie mir — es ist bei unserer augenblicklichen Lage eine ziemlich lange Zeit, eines Mannes wegen die Schiffe warten zu lassen.“

„Wieder sehr wahr. Aber ein Mann, der werth ist, ihn zu haben, ist auch werth, daß man auf ihn wartet. Dieser Mann

sammlungen geeignete Vorträge gehalten, bezw. geeignete Artikel und Bücher vorgelesen werden sollten.

Am 22. September fand in **Breslau** eine Mitgliederversammlung des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins statt, in welcher Frau Kunert über „Die nächsten Ziele des Vereins“ sprach. Nachdem die Rednerin ausgeführt hatte, daß der Verein agitieren müsse, um speziell die in der Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen aufzuklären, zu organisieren und ihnen zu besseren Arbeitsverhältnissen zu verhelfen, forderte sie zur Sammlung von Arbeitsordnungen auf und wollte zur Erläuterung des Zwecks und Nutzens dieser Sammlung einen Artikel der „Gleichheit“ verlesen. Doch kaum hatte sie mit der betreffenden Lektüre begonnen, so verlangte der überwachende Kommissar die Entfernung der „Frauenleute“ aus der Versammlung, welche er dann auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes für aufgelöst erklärte.

Der Frauenbildungsverein zu **Stettin** hielt am 23. September seine erste Mitgliederversammlung ab und wählte einen Vorstand. Die Vorsitzende des Vereins, Frau Panzram, forderte die Anwesenden zu festem Zusammenhalten und reger Agitation auf, damit die Organisation wachse und erstärke.

Die Freie Vereinigung der in der Blumen- und Putzfedernbranche und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen **Berlins** und Umgegend feierte am 24. September ihr erstes Stiftungsfest. Herr Dr. Pinn wies in der beifällig aufgenommenen Festrede darauf hin, daß, nachdem der Verein das erste Jahr seines Bestehens hinter sich habe, begründete Hoffnung auf seine weitere gedeihliche Entwicklung vorhanden sei. Die Organisation müsse zu einem festen Bollwerk werden, das Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die schlimmste Ausbeutung durch das Kapital schütze. Es wäre zu wünschen, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche aller Orten, dem Beispiel ihrer Berliner Berufsgenossen folgend, organisieren, denn die Ausbeutung zumal der weiblichen Arbeitskräfte in der Blumen- und Putzfedernindustrie ist eine schamlose.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen **Berlins** und Umgegend referierte am 25. September Herr Türk über „Moderne Poesie und die Arbeiterbewegung.“ Nach Schluß des sehr beifällig aufgenommenen Vortrags theilte Frau Leppke mit, daß Dank der gewählten Kommission nun alle in der Deutschen Hutfabrik beschäftigten Kolleginnen dem Verein angehören.

Die Filiale **Berlin** des Verbands deutscher Schneider und Schneiderinnen hörte in ihrer Mitgliederversammlung vom 26. September einen Vortrag des Herrn Roland über „Die allgemeine Arbeiterbewegung und der Kampf gegen die alte Gesellschaft auf ökonomischem Gebiete.“ Herr Schulz erstattete darauf eingehend Bericht über den Verbandstag.

Der Frauen- und Mädchen-Verein zu **Mainz** hielt am 28. September seine ordentliche Generalversammlung ab, in welcher das Gedeihen der Organisation konstatiert werden konnte. Die Klassenverhältnisse sind befriedigende, und die Mitgliederzahl beträgt 105. Vorsitzende des neu- bzw. wiedergewählten Vorstands ist Frau Stauby.

In der Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen **Eberfelds** hielt Herr Lande am 28. September einen sehr belehrenden Vortrag über „Das Genossenschaftswesen.“ Der Redner erklärte sich gegen die Vorschuss- und Kreditvereine, welche nur darauf abzwecken, ihren Aktionären setze Dividenden abzuwerfen, und gegen die Produktivgenossenschaften, welche nur ganz kleinen Theilen der Arbeitererschaft vortheilhaft sind und diese ihren eigentlichen Interessen entfremden; Konsumvereine dagegen könnten bei richtiger Verwaltung den Arbeitern wirklich von Nutzen sein. An das Referat knüpfte eine kurze Diskussion an.

In der Filiale **Berlin** des Verbands der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands sprach Herr Mehnert Ende September unter Beifall über das Thema: „Was lehrt uns die Schule? Was lehrt uns das Leben?“

In **Straßburg**, wo die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat und seitens der Behörden in jeder Weise gehindert wird, hat sich in letzter Zeit ein Arbeiterinnenverein konstituiert, welcher von der Obrigkeit genehmigt worden ist. Der Verein beschloß in seiner ersten Mitgliederversammlung die Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung, bis jetzt war aber kein Wirth zu bewegen, ein Lokal zu einer solchen herzugeben.

Während die **Hamburger** Mastbürger von bleicher Furcht gepackt schaarenweise die verfeuchte Stadt verließen, zeigten besanftlicht die Hamburger Sozialdemokraten, daß sie den Kopf oben behielten und das Herz auf dem rechten Fleck hatten: in organisirter, planvoller Weise handeln und helfen sie. Die Hamburger Arbeiterinnen erweisen sich den Genossen würdig. Seit dem 13. September hat sich ein Arbeiterinnen-Hilfskomité konstituiert mit dem Zweck, frei-

ist sein Gewicht in Gold werth für eine Expedition wie die unsere. An jedes Klima und alle Strapazen gewöhnt — ein kräftiger Bursche — braver Bursche — kluger Bursche — kurz, ein ausgezeichnete Offizier. Ich kenne ihn genau, sonst hätte ich ihn nicht genommen. Gestern erst kehrte er von fremden Diensten heim.“

„Wie? Und heute Morgen will er wieder mit der Nordpol-Expedition fort? Sie sehen mich in Erstaunen!“

„Ich glaub's! Sie können sich nicht mehr darüber wundern, als ich selbst, als er mich in meiner Wohnung aufsuchte und mir seinen Wunsch vortrug. Wie, mein Freund, sagte ich, Sie sind ja eben erst heimgekehrt. Sind Sie nach wenig Stunden Ihrer Freiheit schon überdrüssig? Seine Antwort frappirte mich. Er sagte: „Ich bin meines Lebens überdrüssig, Herr Kapitän. Ich bin heimgekommen und gleich von einem Kummer empfangen worden, der mir fast das Herz bricht. Wenn ich nicht auf anderem Boden und in harter Arbeit Zuflucht suche, so bin ich ein verlorener Mann. Wollen Sie mir eine Zuflucht geben? Das waren seine Worte, Crayford.“

„Veranlaßten Sie ihn nicht, sich deutlicher auszudrücken?“

„Nein. Ich kannte seinen Werth und nahm den armen Teufel vom Fleck weg, ohne ihn weiter mit Fragen zu quälen; wozu auch? Die Thatfache spricht in diesem Falle für sich selbst. Die alte Geschichte, lieber Freund! Natürlich handelt es sich um eine Frau.“

V.

Frau Crayford, welche so geduldig, wie ihr möglich, die Rückkehr ihres Mannes erwartete, sah plötzlich, wie sich eine Hand auf ihre Schulter legte. Sie wendete sich um und erblickte Klara, welche von Kopf bis Fuß zitternd vor ihr stand.

„Was giebt es? Was hat Dich so erschreckt, meine Liebe?“ fragte sie besorgt.

„Lucie! Ich habe von ihm gehört.“

„Wieder Richard Wardour?“

„Erinnere Dich, was ich Dir gesagt habe! Ich habe jede Silbe von der Unterhaltung Kapitän Helbing's mit Deinem Manne gehört. Ein Mann kam heute Morgen zum Kapitän, um sich als Freiwilliger für den „Wanderer“ anwerben zu lassen. Der Kapitän hat ihn genommen. Der Mann ist Richard Wardour.“

„Nicht möglich! Nein, nein, Du irrst Dich. Hörtest Du Kapitän Helbing seinen Namen nennen?“

„Nein.“

„Woher weißt Du dann, daß es Richard Wardour ist?“

„Frage mich nicht. Ich weiß es so sicher, als daß ich hier stehe! Sie gehen zusammen fort, Lucie — fort nach dem ewigen Eis und Schnee. Meine Ahnung ist Wahrheit geworden! Die beiden werden sich treffen — er, der Mann, dem ich mich verlobt und der, welchem ich das Herz gebrochen habe!“

„Deine Ahnung ist nicht wahr geworden, Klara. Die beiden haben sich hier nicht getroffen und werden sich voraussichtlich nirgends treffen. Sie sind verschiedenen Schiffen zugetheilt, Franz gehört zur „Seemöve“, und Wardour zum „Wanderer.“ Sieh! Kapitän Helbing ist fertig; mein Mann kommt. Laß mich Gewißheit erfahren; ich werde mit ihm reden.“

„Wilhelm, ihr habt einen Freiwilligen für den „Wanderer“ bekommen?“ rief sie, sobald Crayford zu ihr trat.

„Wie! Hast Du gehört, was der Kapitän mit mir sprach?“

„Ich möchte seinen Namen wissen.“

„Wie in aller Welt war es Dir möglich, unsere Worte zu hören?“

„Sein Name? Sagte Dir der Kapitän den Namen?“

„Nege Dich nicht auf, liebe Lucie; sieh' Du erschreckst Fräulein Burnham in der That. Der neue Freiwillige ist uns völlig fremd. Hier steht sein Name — hier, der letzte auf der Schiffsliste.“

Frau Crayford nahm ihrem Mann die Liste hastig aus der Hand und las den Namen: „Richard Wardour.“

(Fortsetzung folgt.)

willig Hilfe zu leisten, wo diese nöthig ist, besonders aber sich der Pflege der Kinder zu widmen, welche durch die Choleraepidemie mutterlos geworden sind. Die Damen der Bourgeoisie erholten sich derweilen in Bädern und auf Reisen von den „Strapazen“ der letzten Ballsaison und dem ausgestandenen Schrecken.

— In **Berlin** hat sich am 6. Oktober auf Anregung und unter Vorsitz des sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Zadel eine aus Arbeitern, Ärzten und anderen Sachverständigen zusammengesetzte Arbeiter-Sanitätskommission gebildet, welche den Zweck verfolgt, Missethände in Wohnungen und Arbeitsstätten zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, Aufklärung über hygienische Fragen unter die Arbeiterbevölkerung zu tragen und ihre Begehrlichkeit nach mehr Luft, Licht und Reinlichkeit zu wecken. Etwa hundert Männer und Frauen haben sich als Kontrolleure zur Prüfung des einlaufenden Materials bereit erklärt.

— Am 25. und 26. September hielten die niederösterreichischen Genossen in **Wien** ihre Landeskonferenz ab, welche — um das Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter zum Ausdruck zu bringen — von zwei Männern und von Genossin Dworschak einberufen worden war. Zum Punkte „Organisation“ sprach Fräulein Dworschak gegen den Antrag, den Frauen eine eigene Delegirte zu gewähren. Sie führte aus, daß man endlich aufhören solle, den Frauen besondere Rechte einzuräumen, dort, wo vertrauenswürdige und fähige Genossinnen vorhanden seien, würden die Männer gewiß auch Frauen zur Landeskonferenz delegieren, ohne daß dies ausdrücklich festgesetzt werde. Der Organisationsentwurf wurde im Sinne der Genossin Dworschak abgeändert, welche in den zwölfgliedrigen Landesauschuß gewählt wurde, der die Agitation für Niederösterreich zu führen hat. Zum Punkte „Parteipresse“ ersuchte Genossin Broschel die Genossen der Provinz, für die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung“ einzutreten. Die Genossinnen Kofler und Dworschak forderten, daß das genannte Blatt selbständig von den Frauen übernommen und geleitet werde; die Parteivertretung ward beauftragt, im Verein mit dem Landesauschuß die Angelegenheit möglichst bald zu ordnen.

— Vom 21. August bis 11. September tagte in **Paris** der Kongreß der allemanischen Possibilisten und beschloß, die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften zu erstreben, ferner für die Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbeschiedsgerichten zu fordern.

— Auf dem Kongreß der broussinischen Possibilisten, welcher vom 2.—5. September in **Tours** tagte, brachten der Pariser Stadtrath Caumeau und andere Delegirte recht rückständige Ansichten im Betreff der Frauenarbeit zum Ausdruck. Dieselben verlangten nämlich, die Frauen sollten von der Arbeit in allen größeren Betrieben ausgeschlossen werden, um sich nur der Näherei, der Hauswirthschaft und der Pflege der Kinder zu widmen. Der Kongreß machte jedoch die entwickeltesten Ansichten nicht zu den seinigen, sondern erhob die Forderung auf „gleichen Lohn für gleiche Leistung“ und das „Verbot der Frauenarbeit in Industrien, welche den weiblichen Organismus schädigen, insbesondere ihn unfähig machen zur Mutterschaft.“

— In **Carmaux** (Frankreich) sind bekanntlich die Kohlengräber in Ausstand getreten, um sich die freie Ausübung des Wahlrechts zu sichern. Früher hatten nämlich die Arbeiter des Orts, den Interessen und Befehlen der Grubenbarone entsprechend, nur Ausbeuter in die öffentlichen Körperschaften gewählt. Seitdem aber die Sozialisten Aufklärung in die Gegend getragen, war dies anders geworden; bei den diesjährigen Wahlen zum Gemeinde- und Arrondissementrath stellten die Arbeiter aus ihren eigenen Reihen Kandidaten auf, welche glänzend siegten. So ward der sozialistische Grubenarbeiter Calvignac, der sich große Verdienste um die gewerkschaftliche Organisation seiner Kameraden erworben, zum Bürgermeister von Carmaux gewählt. Darob großer Jorn der Grubenbarone, welche Calvignac unter einem erlogenen Vorwand aus der Arbeit entließen. Die Kohlengräber betrachteten diese Maßregelung ganz richtig als ein Attentat gegen das ihnen gesetzlich gewährleistete Wahlrecht und antworteten durch einen Streik. Die Regierung schlug sich natürlich auf Seite der Ausbeuter und schloß „die Freiheit der Arbeit“ durch entsendete Truppenmassen. Die Kohlengräber lassen sich jedoch weder einschüchtern noch provozieren, sondern halten ruhig aus. Sie werden vom ganzen arbeitenden Frankreich und einem Theil des republikanischen Bürgerthums unterstützt. Die Grubenbarone hatten den Versuch gemacht, durch ihre Beamten und die Geistlichkeit die Frauen der Arbeiter zu gewinnen und zu veranlassen, ihren Einfluß zu Gunsten einer Wiederaufnahme der Arbeit geltend zu machen. Die Frauen von Carmaux hielten jedoch am 6. Oktober eine große Versammlung ab, der ca. 2000 Proletarierinnen beizuhören und die sich entschieden für den Streik aussprachen. Die Frauen betreten unter dem Gesang der Carmagnole den Saal und durchzogen nach Schluß der Versammlung

abermals die Carmagnole singend und unter Hochrufen auf den Streik und die soziale Revolution die Straßen, wo sie von den Grubenarbeitern mit begeistertem Beifall begrüßt wurden.

— Die **Münchener** Polizei hat bekanntlich den Besuch von sozialdemokratischen Parteiversammlungen durch Frauen verboten unter der sonderbaren, neunmalweisen Begründung, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands als ein politischer Verein aufzufassen sei, und daß das bayerische Vereinsgesetz die Theilnahme von Frauen an politischen Versammlungen nicht gestatte. Mit der nämlichen Begründung war auch die Betheiligung der Frauen an den Maifeiernversammlungen in München verboten worden: die hohe Löbliche hatte zu diesem Zwecke das Maifest-Komitee eigens zu einem politischen Verein gestempelt. Die gegen diese findige Gesetzesauslegung erhobene Beschwerde ist sowohl von der oberbayerischen Regierung, als auch von dem Minister des Innern zurückgewiesen worden. Die Sache wird nun vor den bayerischen Landtag zur endgiltigen Entscheidung gebracht werden. Da aber im Landtag nur Leute sitzen, welche zwar das „ewig Weibliche“ verhimmeln, aber der Frau nicht das geringste politische Recht zugestehen wollen, so kann man die ablehnende Entscheidung schon jetzt voraussehen.

— In **Deffau** löste am 22. September ein besonders schlauer und fürsichtiger Polizeibeamter eine öffentliche, unpolitische Versammlung auf, als der Referent in seinem Vortrage über „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ die Forderung erhob: „Es muß darnach gestrebt werden, daß die Frau die gleiche Erziehung, die gleiche körperliche Ausbildung wie der Mann, überhaupt die volle Gleichberechtigung mit dem Mann erhalte.“

— In **Polsnitz** (Schlesien) spielte die Polizei den Kommandant gegen den sozialistischen Beunruhigungsbazillus aus; sie verbot eine öffentliche Frauenversammlung, in welcher Frau Kunert referieren sollte, unter Hinweis auf die drohende Choleraepidemie. Wozu die Cholera doch gut ist! Ueber die Auflösung einer Frauenversammlung zu Breslau haben wir bereits an anderer Stelle berichtet.

— Unsere tapfere Genossin Frau Jhrex (Belten) stand am 27. September unter der Anklage eines furchtbaren Verbrechens vor der ersten Strafkammer des Landesgerichts I zu Berlin: in einer öffentlichen Versammlung, die vor einem Jahre stattgefunden hat, soll sie die Offiziere und Fähnriche der preussischen Armee beleidigt haben. Der Forderung des Verteidigers entsprechend, beschloß der Gerichtshof die Vernehmung des Kriegsministers, um feststellen zu können, ob Verjährung des Falls eingetreten sei oder nicht. Die Verhandlung ward in Folge dessen vertagt.

Hungerlöhne für Frauenarbeit in Schlesien.

II.

M. Kt. Trauriger noch als in der Hauptstadt Schlesiens ist die Lage der Arbeiterinnen in den übrigen Städten der Provinz.

Was die Zahl der industriell beschäftigten Frauen und Mädchen betrifft, so betrug sie im Jahre 1890 im Regierungsbezirk Breslau 24494, im Jahre 1891 dagegen nur noch 22835. In dem kurzen Zeitraum eines Jahres hat also die Zahl der weiblichen Arbeiter um 1659 abgenommen. Dieser auffallende Rückgang in der Zahl industriell thätiger Arbeiterinnen erklärt sich durch die stärkere Heranziehung zur Industriearbeit von jugendlichen Arbeiterinnen, insbesondere von jungen Mädchen unter vierzehn Jahren. Man sieht also auch hier wieder, wie der Mann in der Industrie durch die billiger arbeitende Frau verdrängt wird, die Frau wieder durch die noch billigeren Arbeitskräfte der Kinder und jugendlichen Arbeiter. In dem Regierungsbezirk Liegnitz hat nach dem Jahresbericht der Gewerberäthe für 1891, dem wir auch die oben angeführten Zahlen entlehnt haben, die Zahl der Arbeiterinnen im Laufe eines Jahres um 557 zugenommen. Der genannte Bericht ist auch insofern von Interesse für uns, als er zeigt, wie sich die Herren Gewerberäthe mit den zartesten, schonendsten Ausdrücken mit den Verfüßten abfinden, welche sich die Unternehmer wider die Schutzgesetze und Verordnungen, die Beschäftigung von Arbeiterinnen und sogenannten jugendlichen Arbeitern betreffend, zu Schulden kommen lassen. Grund dieser Verstöße soll eine „irrigte Auslegung der Bestimmungen des Gesetzes“ sein! Wer lacht da? Man kann allerdings von „gesinnungsstüchtigen“ preussischen Regierungs- und Gewerberäthen nichts anderes erwarten, als daß sie die Herren Plusmacher und Kouponsabschneider mit Sammethandschuhen anlassen. Ebenso liebenswürdig nebensächlich, wie sie vorher die

„Verstöße“ der Unternehmer erwähnt, führen die schlesischen Gewerberäthe unter Andern an, daß in einer Ziegelei Frauen beim Austragen eines „Brandes“ beschäftigt wurden, als sowohl der Ofen, als auch die herauszunehmenden Steine noch „sehr heiß“ waren. Aus Gründen der Sittlichkeit und mit Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiterinnen wurde angeordnet, daß die Räumungsarbeiten im Ofen für die Folge nur durch Männer und zwar erst dann vorgenommen werden sollten, wenn eine genügende Abkühlung eingetreten sei. Welche schauerhafte Barbarei der Unternehmer kann man nicht aus diesen wenigen trockenen Zeilen des „Berichts“ herauslesen! Die Frauen und Mädchen müssen aus dem glühendheißen Ofen die gebrannten Ziegel herausnehmen. Um die Gluthitze nur einigermaßen ertragen zu können, sehen sie sich genöthigt, nur mit einem Hemd bekleidet zu arbeiten und zwar mit Männern zusammen. Welch anmuthige Illustration zu dem Gerede unserer „Ordnungssäulen“ von Zucht und Sitte und zu ihrer Schwärmerei für das „ewig Weibliche.“ Noch größere Gefahren als der Sittlichkeit drohen vielleicht der Gesundheit der betreffenden Arbeiterinnen. Um sich abzukühlen, setzen sich die über und über mit Schweiß bedeckten Frauen und Mädchen, so oft es irgend geht, dem Luftzug aus. Die natürliche Folge davon sind Katarrhe der schlimmsten Art und Rheumatismus, so daß die zu solcher Sklavenarbeit Verurtheilten lange vor der Zeit arbeitsunfähig werden. Jahrzehnte lang haben die gleichen und ähnliche entsetzliche Zustände in hunderten von Fabriken bestanden, ohne daß irgend Jemand an Abhilfe gedacht hätte! In einem einzelnen Falle ist endlich einmal gegen dieselben eingeschritten worden, aber in zahllosen anderen Betrieben bestehen diese nämlichen, geradezu mörderischen Verhältnisse ungestört fort. Wir werden später noch auf ähnliche Zustände in den Porzellanfabriken des Waldenburger Kreises zu sprechen kommen.

Auch über die Löhne, welche den Arbeiterinnen gezahlt werden, verbreitet sich der Bericht. Nachdem von den 20-Mark-Wochenlöhnen der Weber die Rede gewesen,*) meinen die Herren Gewerberäthe, daß sich eine größere Leistungsfähigkeit und damit ein besserer Verdienst der männlichen und weiblichen Arbeiter erzielen lasse, wenn diese eine gesündere Lebensweise führten und den häufigen Genuß schlechten Kaffees mit dem einer nährenden Suppe vertauschen wollten! Ein derartiger Rath ist wohlfeil wie Brombeeren. Wenn schon die Herren Gewerberäthe im Interesse einer „gesünderen Lebensweise“ der Proletarier zu „meinen“ und zu „rathen“ lieben, warum empfehlen sie nicht den Unternehmern eine gerechtere Vertheilung des Produktionsertrags, ein Steigern der gezahlten Löhne? Man erhöhe die heutigen Hundelöhne zu einem menschenwürdigen Verdienst, und Arbeiter und Arbeiterinnen werden nicht mit besonderer Begeisterung in dem Genuß „schlechten Kaffees“ — oder um das Ding beim rechten Namen zu nennen — von Eichorienbrühe schwelgen. Man erhöhe die heutigen Hundelöhne zu einem menschenwürdigen Verdienst, und Arbeiter und Arbeiterinnen werden ohne jede Ueberwindung „nährenden Suppen“ genießen; ja, die Herren Gewerberäthe können es glauben, sie werden sich sogar soweit bezwingen, daß sie ohne jeden Abscheu an Stelle von Hering, Pferdefleisch und — wie es gerade in Schlesien vorgekommen — sogar Hundefleisch Leinwandbrot und Geflügel essen.

Was die Löhne der Arbeiterinnen betrifft, so wagt der Bericht das schüchternste Eingeständniß, daß sie niedrige zu nennen seien. Doch soll es von dieser allgemeinen Regel für die beiden Regierungsbezirke auch glänzende Ausnahmen geben. So zählen unter den weiblichen Arbeitern zu den am besten bezahlten die Sortirerinnen in den Cigarrenfabriken, von denen „einzelne“ bis zu 30 Mark wöchentlich verdienen. Man braucht nicht Prophet sein, um zu wissen, daß ein Wochenlohn von 30 Mark wohl nur sehr vereinzelt vorkommen mag. Die große Mehrzahl der Sortirerinnen wird sich gewiß mit dem fünften oder sechsten Theil

*) Schade, daß die Herren Gewerberäthe die schlesischen Weber mit 20 Mark Wochenverdienst nicht als Beweis „auf den Tisch des Hauses“ niederlegen können. Die Lohn- und Lebensverhältnisse gerade der schlesischen Weber sind seit langen Jahrzehnten so berüchtigt, daß die Angabe von den 20-Mark-Wochenlöhnen — so wenig glänzend diese sind — jenem Oberglockent- gleich, welcher Faust das Bekenntniß entlockt: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Ann. der Red.

dieses Verdiensts begnügen müssen. Eine Angabe über die Durchschnittslöhne der in dieser Branche beschäftigten Arbeiterinnen fehlt leider. Dafür werden wir an anderer Stelle mit bemerkenswerther Offenheit darüber unterrichtet, daß die Löhne in Zündholzfabriken „sehr niedrig“ sind. Bei aufreibender Thätigkeit gelingt es einer tüchtigen Packerin im besten Falle einen Tagesverdienst von 0,80 Mark bis 1,20 Mark zu erzielen. Wir sind überzeugt, daß man, wenn man die Arbeiterinnen selbst befragte, anstatt bei den Herren Arbeitgebern Erkundigungen einzuziehen, von Arbeitslöhnen hören würde, die zweifellos noch niedriger sind als die angeführten. (Schluß folgt.)

Sophie Perowskaja.

Die russische revolutionäre Bewegung war anfangs eine rein idealistische, friedliche Propagandabewegung, deren Träger durch unaufhörliches Streben nach sittlicher Veredelung und geistiger Ausbildung, durch Gründung von Schulen und Verbreitung von Aufklärung das Volk geistig und sittlich erneuern wollten, durch Gründung von Vereinen und Genossenschaften eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu kommunistischen herbeizuführen hofften. Die Regierung antwortete auf die Bestrebungen der Propagandisten durch ungeheuerliche Verfolgungen. Tausende edler Männer und Frauen füllten die Gefängnisse, wurden zur Haft in den abscheulichen Kafematten, zur Verschickung nach Sibirien, zur Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken verurtheilt oder erfuhren auch ohne jeden richterlichen Urtheilsspruch, auf bloße polizeiliche Verfügung hin, das gleiche Schicksal. Denunzianten und Spitzel der niedersten Art hesteten sich an die Sohlen der Propagandisten und Propagandistinnen, und die geringste freihetliche Aeußerung, der schwächste Versuch, das Volk zu belehren, die Lektüre eines harmlosen, aber verdächtigen Buches ward mit drakonischer Strenge geahndet.

Unter dem Druck des von der Regierung geübten „weißen Schreckens“ wurden die Revolutionäre gezwungen, ihre Zuflucht zu nehmen zu dem „rothen Schrecken“, den Verfolgungen der herrschenden Gewalten, Attentate gegen deren Werkzeuge, gegen Beamte, Polizisten, Gensdarmen, Spione entgegenzusetzen. Doch die Revolutionäre konnten ihre Aktion nicht lange darauf beschränken, ihre Streiche gegen die niederen Werkzeuge der despotischen Regierungsgewalt zu richten. Die Logik der Thatfachen mußte sie dazu führen, diesem Despotismus selbst den Krieg auf Tod und Leben zu erklären, und da der Despotismus in der Person des Zaren verkörpert war, so mußten sich die revolutionären Bestrebungen bald darauf konzentriren, durch seinen Tod „der Freiheit eine Gasse zu bahnen.“ Der Zarismus hatte Wind gesät, was Wunder, daß er Sturm erntete.

Wie Frauen zum großen Theil treibende Kräfte der propagandistischen Bewegung waren, so begehnten wir auch Frauen als hervorragenden Trägerinnen des Terrorismus, so finden wir, daß Frauen mit Leib und Seele an den gewaltigen und gewalthätigen revolutionären Kämpfen theilnahmen, welche in Rußland seit Ende der siebziger und bis Mitte der achtziger Jahre den zarischen Despotismus erzittern machten. Die bedeutendste von ihnen war jedenfalls Sophie Perowskaja. An Opfermuth, Pflichttreue, Hingabe und Begeisterung für die Sache ihren Gesinnungsgenossen und -Genossinnen gleich, übertraf sie die meisten von ihnen an Schärfe und Weite des Blicks, an ruhiger Kaltblütigkeit, geistiger Spannkraft und eiserner Festigkeit des Willens.

Sophie Perowskaja ward 1854, nach anderen Angaben 1853 in St. Petersburg geboren. Sie entstammte einer hocharistokratischen Familie, welche mit dem Zarenhaus verwandt ist. Ueber ihre Kindheit warfen traurige Familienverhältnisse einen düsteren Schatten. Sie war Zeuge der Mißhandlungen und Demüthigungen, welche die von ihr unfähig geliebte Mutter, eine geistig hochstehende Frau, durch den Vater erfuhr, welcher ein Wüstling und Despot schlimmster Art war.

Wie andere Mädchen ihrer Generation ward Sophie von dem heißen Verlangen ergriffen, ihre geistigen Fähigkeiten auszubilden und sich zu einer geistig freien und selbständigen Persönlichkeit zu entwickeln. So trat sie für das Recht der Frau auf Wissen und Selbstständigkeit in den Kampf gegen den Vater, der ihre Bestrebungen scharf verurtheilte und vereiteln wollte. Durch die Flucht aus dem elterlichen Hause entzog sie sich seiner Tyrannei und erzwang schließlich die Erlaubniß, studiren zu dürfen.

Das junge Mädchen besuchte die in Petersburg gegründeten höheren Kurse für Frauen und ward bald durch innige Freundschaft mit etlichen Studentinnen und Studenten verbunden, welche den sozialistischen Ideen ergeben waren und sich in der Folge zu dem Zirkel der Tschaitowzi zusammenschlossen. Die geradezu stoische

Strenge, welche Sophie sich selbst gegenüber an den Tag legte, die unbezähmbare Energie ihres Willens, ihre Fähigkeit, eine Sache oder ein Ereignis leidenschaftslos, ohne Vorurteil und trügerische Illusion von allen Seiten zu betrachten, ihre Begeisterung für den Sozialismus machten die Perowskaja bald zu einem der einflussreichsten und angesehensten Mitglieder des Zirkels. Unermüdetlich war sie darauf bedacht, die Organisation zu kräftigen und ihr Wirkungsfeld zu erweitern. So war es zum größten Theil ihr Werk, daß der Zirkel seine Propaganda von der studirenden Jugend auf die Arbeiter der großen Städte ausdehnte und später zur Agitation unter der bäuerlichen Bevölkerung überging. Sie selbst war eine eifrige und ungemein erfolgreiche Propagandistin. Ihrer klaren, überzeugenden Beweisführung und begeisterten Beredsamkeit vermochte Niemand so leicht zu widerstehen, und die Arbeiter liebten sie wegen ihres Ernstes und ihrer Einfachheit. Um die sozialistischen Ideen in der Provinz zu verbreiten, nahm sie eine Stelle als Lehrerin in einer großen Käsefabrik im Gouvernement Twer an, wo sie von ihren großen und kleinen Schülern und Schülerinnen buchstäblich vergöttert ward.

Nach Petersburg zurückgekehrt, gründete sie mehrere revolutionäre Gruppen, u. a. eine solche, welche der Hauptsache nach aus Arbeitern bestand, und nahm thätigen Antheil an der Gründung geheimer Druckereien. Im November 1873 wurde sie zusammen mit einer Gruppe Arbeiter verhaftet, unter denen sie Propaganda gemacht hatte. Sie blieb ein Jahr lang in Untersuchungshaft und ward dann gegen eine Kaution von 5000 Rubeln in provisorische Freiheit gesetzt, mußte aber Petersburg verlassen. Die drei Jahre ihres nun folgenden unwillkürlichen Aufenthalts in der Provinz nutzte sie dazu aus, einen Kursus über Chirurgie zu absolviren und ihre medizinischen Studien zu beendigen. Als Krankenpflegerin und Wundärztin suchte sie Berührung mit dem Volke und nahm jede Gelegenheit wahr, ihm das sozialistische Evangelium zu verkünden. Da sie eine unübertreffliche, gewissenhafte und liebevolle Krankenpflegerin war, so gewann sie schnell die Sympathien der Bauern und übte großen Einfluß auf sie aus.

Sophie wurde mit den meisten Tschailowzi zusammen in den großen Prozeß der 193 verwickelt und zwar freigesprochen, sollte aber auf polizeiliche Verfügung hin in einer nördlichen Provinz internirt werden. Auf dem Wege nach ihrem Bestimmungsort gelang es ihr, zu entweichen, sie verbarg sich in einem großen Wald und kam von dort aus allein, ohne Jemandes Hilfe in Anspruch genommen zu haben, nach Petersburg zurück. Hier schloß sie sich an eine geheime Gesellschaft an, welche das Ziel verfolgte, politische Gefangene zu befreien, das revolutionäre Blatt „Semlja i Wolja“ (Land und Freiheit) herausgab — natürlich in einer geheimen Druckerei hergestellt — und nach kurzer Zeit eine große Bedeutung erlangte. Jedes Mitglied der Gesellschaft war zu unverbrüchlichem Gehorsam verpflichtet, und dem erhaltenen Auftrag gemäß bog sich Sophie nach Charkow, dem Sitz des Zentralgefängnisses, wo sie die Unternehmungen zur Befreiung von Gefangenen plante und leitete und zahlreiche Beweise ihres hohen organisatorischen Talentes gab. Uebrigens war sie ebenso muthig als klug, sie entwarf nicht nur kühne Pläne, unterhielt nicht nur Verbindungen bis ins Innerste des Gefängnisses, so daß sie über alle Vorgänge daselbst auf das Genaueste unterrichtet war, sondern sie setzte sich selbst unerforschden allen Gefahren aus. Als Kammerfrau, Dienstmädchen, Bäuerin verkleidet verkehrte sie mitten unter den Polizisten, Gensdarmen und Spionen. Daß sie trotz ihres aufreißenden Wirkens für die Befreiung der Kameraden die Propaganda nicht vernachlässigte, war bei ihrem thatkräftigen Charakter selbstverständlich.

Auf dem Kongreß, den die russischen Revolutionäre 1879 zu Woronesch abhielten, spaltete sich die Organisation der „Semlja i Wolja“ in zwei Gruppen, in die des Tschorni Peredel (Schwarze Theilung, d. h. Theilung des Ackerlandes), welche die rein sozialistische Propaganda fortsetzen wollte, und in die der Narodnaja Wolja (Volkswillen), welche als nächstes Ziel des Kampfes den Sturz des Despotismus bezeichnete. Sophie Perowskaja erklärte sich auf dem Kongreß gegen jede politische Aktion der Revolutionäre, jedoch überzeugte sie sich bald, daß angesichts der politischen Lage in Rußland ein Fortführen der Propaganda unmöglich geworden war. Sie schloß sich den Terroristen an und gab sich deren Kämpfen mit einer Energie, Unerforschdenheit und Ausdauer hin, welche ihre muthigsten Gesinnungsgenossen mit Erstaunen und Bewunderung erfüllten. So wurde sie bald die Seele des revolutionären Exekutivkomités und erwies sich als unermüdetlich im Entwerfen neuer Pläne, neuer weitzielender Unternehmungen, an deren Verwirklichung sie selbst thatkräftigen Antheil nahm. Nach jedem stattgehabten Attentat schickte das Exekutivkomité diejenigen seiner Mitglieder ins Ausland, welche eine hervorragende Thätigkeit entfaltet hatten. Sophie Perowskaja, eines der belasteiten Mitglieder von allen, weigerte sich beharrlich, vom Kampfplatz abzutreten. Mit dem Worte: „Ich will lieber in Rußland gehangen werden, als im Aus-

lande unthätig dahingleben.“ pflegte sie alle diesbezüglichen Aufforderungen zurückzuweisen. Ihr Wunsch sollte erfüllt werden.

Die geradezu unwiderstehliche Gewalt, welche sie über die Menschen ausübte, ihr heldenhafter Muth, der sich unter ruhiger, heiterer Oberfläche barg, ihre Kaltblütigkeit, welche sie nie aus der Fassung kommen ließ, brachte es mit sich, daß ihr die Kameraden die schwierigsten und gefahrenreichsten Posten anvertrauten. Als die Revolutionäre bei Moskau die Bahn unterminirten, um den kaiserlichen Zug in die Luft zu sprengen, so mietete Sophie Perowskaja das Häuschen, von dem aus die Mine angelegt wurde. Sie spielte die Rolle der Hausfrau und verstand es geschickt, während der langen Wochen, in denen die Verschworenen Maulwürfen gleich die Erde durchwühlten, jeden Verdacht der Nachbarn und der Polizei fernzuhalten. Als die Polizei ihre Wohnung besichtigte, wie in Rußland alle Häuser einer Stadt inspizirt werden, sobald der Zar durchreist, lachte und scherzte Sophie unbefangen mit den Beamten, während sich in ihrem Handbereich die Flasche Nitroglyzerin befand, mit welcher im Falle einer Entdeckung das Haus in die Luft gesprengt werden sollte. Ihre Heiterkeit und muntere Laune verklärte den Gefährten die Abgeschlossenheit von der Welt und die Beschwerden ihrer gefährlichen Arbeit.

Die Perowskaja leitete auch das erfolgreiche Attentat vom 13. März 1881, das Alexander II. das Leben kostete. Sie hatte den Plan der Dertlichkeit aufgenommen und jedem Verschworenen seine Rolle und seinen Posten zuertheilt. Schon am Morgen des 13. war die kühne Frau selbst an Ort und Stelle, empfing von den aufgestellten Schildwachen die nöthigen Nachrichten über den Weg des Kaisers und ertheilte mittels eines Taschentuchs die nöthigen Befehle und Signale.

Eine Woche später ward sie in Petersburg in einer Droschke verhaftet. Obgleich ihre Verhaftung seit dem Tage des Attentats als sicher bevorstand, hatte sie die Hauptstadt nicht verlassen, weil Scheljaboff, der hochbegabte, energische, weitsichtige Vorkämpfer der revolutionären Sache, den sie liebte, verhaftet worden war, und sie sein Schicksal theilen wollte.

Ernst, ruhig und würdevoll erschien sie vor dem Gerichtshof; sie suchte sich weder ihrer That zu rühmen, noch sie zu entschuldigen, ihre Haltung war von Prahlerei ebenso weit entfernt, als von Aengstlichkeit und Furcht. In einer kurzen Ansprache forderte sie, daß man sie in ihrer Eigenschaft als Frau nicht von ihren Gefährten trennen möge, daß deren Geschick das ihrige sei. Ihr Wunsch ward ihr gewährt, sie ward, wie die verhafteten Kampfesgenossen, zum Tod durch den Strang verurtheilt.

Sechs Tage, anstatt der üblichen drei, verstrichen bis zur Vollstreckung des Urtheils. Dem Gerücht nach soll die Zeit von den Schergen des Zaren dazu angewendet worden sein, den heldenhaften Streikern für Volksfreiheit durch Folterqualen Geständnisse zu entreißen. Die Wahrheit darüber ist nie festgestellt worden, jedenfalls ist die Möglichkeit des scheußlichen Verbrechens den zaristischen Henkersknechten wohl zuzutrauen. Thatsache ist, daß Niemand mehr in der Zeit nach der Verurtheilung zu den Gefangenen zugelassen wurde. Sogar der Mutter Sophies, welche aus der Krim herbeigeeilt war, um mit der geliebten Tochter ein schmerzreiches Beweismittel zu tauschen, ward ein Wiedersehen mit dieser unter allerhand Vorwänden verwehrt. Wohl sah sie ihr Kind ein letztes Mal, aber nur auf dem Karren, welcher die Verurtheilten zur Richtstätte führte.

Sophie Perowskaja starb muthig, wie eine Heldin. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“, welcher gewiß keiner Sympathien mit den Revolutionären verdächtig ist, schrieb über die Hinrichtung: „Ich habe im Orient einem Duzend Hinrichtungen beigewohnt, aber eine ähnliche Schinderei habe ich nie gesehen. . . . Sophie Perowskaja legte Beweise einer ganz ungewöhnlichen Seelenstärke ab. Ihre Wangen bewahren rosige Färbung, während ihre allseitigen Züge, die nicht die geringste Spur einer Effelthascherei tragen, wahren Muth und grenzenlose Entfagung ausdrücken. Ihr Blick ist ernst und friedlich, man bemerkt nicht den leisesten Schatten eitler Prahlerei.“

Mehr noch als ihr muthvoller Tod am Galgen sichert Sophie Perowskaja das, was sie während ihres Lebens gewesen und gethan, einen hervorragenden Platz in der Geschichte der Freiheitskämpferinnen und Heldinnen aller Zeiten und aller Länder. Alles in Allem ist es nicht leichter, zu sterben, wie sie starb, als zu leben, zu handeln, wie sie gelebt und gewirkt. Ihre Existenz war von dem Augenblicke an, wo sie die sozialistischen Ideale mit glühender Seele aufnahm, bis zu ihrem Sterben ein ununterbrochenes selbstverleugnendes Wirken, eine einzige große That für Freiheit und Volkswohl.

Zschoc. Der Arbeiterinnen-Bildungsverein Zschoc hält jeden letzten Freitag im Monat seine Mitgliederversammlung ab. Erste Vorsitzende des Vereins Frau Muhl, Kaiserstr. 15.